

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans Urbaniak MdB, Stellvertretender Vorsitzender der AfA, unterstreicht zum 30. Jahrestag der Montan-Mitbestimmung: Dauerhafte Sicherung bleibt das Ziel.
Seite 1

Hans Koschnick, Bremens Bürgermeister, erinnert an fünf Jahre Rahmenvereinbarungen Bremen-Danzig: Un-erläßlicher Stützpfeiler.
Seite 3

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, setzt sich für die beschäftigungspolitische Langzeit-Weichenstellung ein: Kein kurzatmiger konjunkturpolitischer Schnellschuß.
Seite 5

Gerd Wartenberg MdB überführt den CDU-Geschäftsführer Kunz der Wahrheitsverfälschung: Angebote an alle.
Seite 7

Buchbesprechung

Renate Schmidt MdB zur Battelle-Studie: "Bildungschancen für Mädchen und Frauen im Internationalen Vergleich".
Seite 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-1:2
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 70

10. April 1981

Dauerhafte Sicherung bleibt das Ziel

Seit 30 Jahren Sicherung der Montan-Mitbestimmung

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Heute fährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Deutsche Bundestag gegen etwa 50 Stimmen von FDP, DP und BP das Montan-Mitbestimmungsgesetz verabschiedete. Im Jahr 1951 schlug nicht die Geburtsstunde der Montan-Mitbestimmung, denn die Anfänge reichen tatsächlich bis zum Jahr 1947 zurück. Die Gesetzgebung 1951 war die erste Sicherung, es ging darum, alliiertes Recht durch deutsches Recht abzulösen. Die SPD hat damals aus der Opposition heraus dem Gesetz zur Mehrheit verholfen. Die erste Regierung Adenauer war überhaupt nicht in der Lage, den vorgelegten Entwurf durchzuziehen. Carlo Schmid hat in seinen Erinnerungen im einzelnen dargestellt, wie das Verfahren ablief, das war kompliziert genug. Zur Vorgeschichte muß hinzugefügt werden: Sowohl die Bundesregierung, also das damalige erste Kabinett Adenauer, als auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatten 1950 die generelle Einführung der Ein-Drittel-Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Besetzung der Aufsichtsräte geplant.

Das Blüm-Märchen von der Regierung Adenauer als angeblicher Schöpfer der paritätischen Mitbestimmung ist eine plumpe geschichtliche Fälschung. Auch gebetsmühlenartige Wiederholungen falscher Behauptungen ändern die Vergangenheit nicht. Adenauer hatte genauso wenig Interesse an der echten Mitbestimmung wie seine konservativen Nachfolger heute, die Mitbestimmung konnte 1951 gesichert werden, weil die Gewerkschaften entschlossen dafür gekämpft haben und vor dem wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittel, dem Streik, nicht zurückschreckten. Für die notwendige parlamentarische Mehrheit hat die SPD aus der Opposition heraus gesorgt, für die SPD war die Mitbestimmung schon immer eine der bedeutendsten inhaltlichen Fragen und kein Anlaß, taktische Finessen zu erfinden.



Mit dem von der Koalition eingebrachten und inzwischen beschlossenen Konzept zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung kann bis 1987 nichts passieren. Die jetzt durchgesetzte Lösung reicht bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein, die dauerhafte Sicherung wurde aber noch nicht erreicht. Allen Beteiligten ist klar, eine "Friedhofsruhe" wird sich nicht einstellen, der DGB wird auch zur Bundestagswahl 1984 Prüfsteine vorlegen und alle politischen Parteien sind dann verpflichtet, erneut Farbe zu bekennen. Sie müssen sich vor der nächsten Bundestagswahl eindeutig festlegen, wie es weitergehen soll. Für die SPD kann schon heute verbindlich erklärt werden, daß wir nicht nur für die dauerhafte Sicherung der Montan-Mitbestimmung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen werden, wir werden genauso ernsthaft für die Fortentwicklung des Mitbestimmungsgesetzes '76 hin zur vollen Parität eintreten.

Das Gesetz der Koalition sichert das praktisch unveränderte Montan-Modell für zunächst sechs Jahre. Das Modell ist deshalb gut, weil der Kompromiß in der Zeit und nicht im Inhalt gesucht und gefunden wurde. Eine Alternative gab es nicht. Der Entschließungsantrag der Union war von vornherein als Alibi konzipiert, hinter dem sich Freunde und Feinde der Parität verstecken konnten. Nur dem harten Kern des Wirtschaftsrates der Union ging selbst die verbale Aktion zu weit.

Die von Blüm favorisierte Quotenregelung von 30 Prozent ist deshalb schlecht, weil damit in der Praxis fast nichts hätte erreicht werden können. Das beste Beispiel dafür ist Mannesmann. In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung hat der Vertreter des Betriebsrates von Mannesmann eindeutig erklärt, schon die geplante oder in kürzester Zeit zu realisierende Konzernumstrukturierung könnte den maßgeblichen Montanumsatzanteil auf unter 30 Prozent drücken. Mannesmann wäre dann zwar nicht zum 1. Juli, vielleicht aber schon am 1. Oktober dieses Jahres aus der echten Mitbestimmung herausgefallen. Eine 30-Prozent-Regelung ist nichts anderes als die Aufforderung an jeden mitbestimmungsfeindlichen Unternehmensvorstand, sich selber aus der echten Mitbestimmung herauszumanipulieren. Auf den guten Willen Egon Overbecks zu setzen, wäre nun wirklich abenteuerlich, hat er doch kürzlich erst erklärt, die Montan-Mitbestimmung mache weder glücklich noch mache sie gar zufrieden. Das war seine eigene offenerzige Positionsbeschreibung.

Das Rezept der Union war inhaltlich mangelhaft, tatsächlich nur ein Ablenkungsmanöver. Die Vorbedingung, die Bundesregierung möge einen "breiten Konsens" unter allen politischen Parteien und den Tarifvertragsparteien herstellen, war unerfüllbar und wird immer unerfüllbar bleiben, denn schon die Arbeitgeber werden sich nie für die echte Mitbestimmung erwärmen. Die Arbeitgeber sind ja auch der Anhörung des zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages demonstrativ ferngeblieben - an dieser Stelle brauchen die vielfältigen Arbeitgeberanstrengungen gegen die Mitbestimmung nicht alle in Erinnerung gerufen zu werden.

Die Opposition hat zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung 1981 keinen Beitrag geleistet, die Union wollte nur das Gesetz der Koalition torpedieren. Die Union hat das taktische Spiel verloren: Die echte Mitbestimmung bleibt bei Mannesmann erhalten. Für die SPD kommt es in den nächsten Jahren darauf an, das parlamentarisch umzusetzen, was in unserem Antrag aus der letzten Legislaturperiode schon ausformuliert wurde. Am Ziel der dauerhaften Sicherung der Montan-Mitbestimmung gibt es keine Abstriche.

(-/10.4.1981/hi/ca)

+ + +



Unerläßlicher Stützpfiler

Fünf Jahre Rahmenvereinbarung Bremen-Danzig

Von Hans Kosohnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Die ganze Welt blickt heute gebannt und fasziniert nach Polen. Was geschieht in diesem Land? Wohin bewegt es sich? Was sind die Auswirkungen der neuen gesellschaftlichen Prozesse?

Fragen über Fragen. Lech Walesa ist binnen weniger Monate vom unbekanntem Arbeiter aufgestiegen zu einer international beachteten Persönlichkeit der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Polen steht im Mittelpunkt des Weltinteresses.

Zu einem solchen Zeitpunkt ist es nicht leicht, über ein vergleichsweise bescheidenes Ereignis zu sprechen. Die Rahmenvereinbarung zwischen Bremen und Gdansk, die erste, die jemals zwischen einer Stadt in der Bundesrepublik und einer solchen in Polen abgeschlossen worden ist, und die noch heute Modellfunktion (Vorreiterfunktion) hat, wird in diesen Tagen, genau am 12. April 1981, fünf Jahre alt. Sicherlich kein Anlaß, um rauschende Feste zu feiern, selbst wenn die Zeiten anders und ruhiger wären.

Dennoch sind auch diese fünf Jahre es wert, einmal innezuhalten, den Blick zurückzuwenden und darüber nachzudenken, was in diesem Zeitraum geschehen ist, ob Erwartungen und Hoffnungen erfüllt worden sind.

Um das zu beurteilen, muß man sich zunächst daran erinnern, was denn damals, Mitte der 70er Jahre, eigentlich geschehen war, daß Deutsche und Polen endlich, nach fast 30 Jahren der Abkapselung voneinander, wider einen ersten zaghaften Schritt aufeinander zu machen konnte. Da war der Warschauer Vertrag gewesen, die neue Ostpolitik insgesamt, da hatte es die Konferenz von Helsinki gegeben, die Zeit war reif, um alte Feindbilder abzubauen, Vorurteile aufzulösen, Unverständnis zu überwinden und nach neuen Initiativen für friedliche Entwicklungen zu suchen.

Vieles ist in Bewegung gekommen in diesen 70er Jahren. Es gab mehr Freizügigkeit in Europa, wenn auch noch längst nicht genug, es gab verstärkten Austausch von Gedanken und Meinungen über die Grenzen hinweg, wenn auch noch längst nicht genug, es wuchs die Einsicht auf allen Seiten, daß es keine ernsthafte Alternative zum Frieden gibt, wenn auch noch längst nicht schnell und umfassend genug.

In diesem geistigen und politischen Klima konnte auch die Rahmenvereinbarung zwischen Bremen und Danzig gedeihen. Sie war - zumindest von polnischer Seite - als Modellversuch angelegt. Hier, auf dem Feld zweier Städte, die keine Hauptstädte sind, sollte sich erweisen, inwieweit und wie überhaupt Zusammenarbeit möglich und praktikabel ist.



Ich könnte nun daran gehen und eine lange Liste von Ereignissen, Erfolgen und Projekten aufzählen, die zur Bilanz dieser fünf Jahre gehören. Wichtiger scheinen mir jedoch zwei Dinge anderer Art zu sein:

- 1/ Wenn ich die Rahmenvereinbarung insgesamt als Erfolg werte, dann bin ich mir auch ohne Rücksprache sicher, daß unsere polnischen Partner diese Einschätzung teilen, und
- 2/ die Rahmenvereinbarung hat auch in schwierigen Zeiten vom beiderseitigen festen Willen gelebt, das Erreichte nicht in Frage stellen zu lassen, sondern es zu behaupten und auszubauen.

Vielleicht hat dieses hohe Maß an Übereinstimmung damit zu tun, daß diese Rahmenvereinbarung nur wenig mit den üblichen Städtepartnerschaften gemein hat. Ich sage dies ohne Selbstüberschätzung - als schlichte Tatsachenfeststellung. Die Rahmenvereinbarung war von vornherein darauf gerichtet, möglichst viele Menschen aus beiden Städten zusammenzubringen, und zwar nicht nur beim gemeinsamen Genuß kultureller Ereignisse, was auch wichtig ist, sondern vor allem im Arbeitsalltag, am Arbeitsplatz, bei der unmittelbaren Begegnung im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich. Das hat funktioniert. Wer weiß denn eigentlich von den nachwirkenden Bindungen, die etwa aus dem gegenseitigen Ärzte- und Schwesternaustausch auch bei Patienten oder bei dem gemeinsamen Lehreraustausch erwachsen sind? Wer einmal als Pole vor einer deutschen Schulklasse und als Deutscher vor einer polnischen Schulklasse gestanden hat und Geschichte und Kultur des eigenen Landes vor kritischen Schülern entwickeln mußte, erfährt auch etwas über die Vorstellungswelt einer jungen Generation, die sich von Klischees zu lösen beginnt. Auf beiden Seiten des "eisernen Vorhangs" übrigens, den wir gemeinsam und gegenseitig durchlässiger gemacht haben.

Polen macht jetzt schwere Zeiten durch. Die Polen brauchen Freunde. Sie brauchen Hilfe. Sie brauchen Zeit, um wieder zu sich selbst zu finden, um den ihren Weg neu zu markieren. Wir Deutsche können ihnen dabei helfen. Unsere Bundesregierung ist dabei auf einem guten Weg. Diese Hilfe nützt im letzten nicht nur den Polen. Sie nützt auch uns selbst. Ein stabiles, ein in sich gefestigtes Polen, ist eine europäische Notwendigkeit. Polen ist ein unerläßlicher Stützpfeiler jener europäischen Friedensordnung, für die wir alle arbeiten, weil nur sie uns und unseren Kindern ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit garantieren kann.

(-/10.4.1981/ks/ca)

+ + +



Kein kurzatmiger konjunkturpolitischer Schnellschuß**Sozialdemokraten wollen beschäftigungspolitische Langzeit-Weichenstellung**

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die wirtschaftspolitische Debatte hat durch die Beratungen und Beschlüsse dieser Woche Auftrieb erhalten. Monatelang hatte sie sich müde und ermüdend dahingeschleppt. "Kein Handlungsbedarf" war ihr Stichwort - trotz Arbeitslosigkeit und der Gefahr eines sich selbst verstärkenden wirtschaftlichen Abschwungs. In den Konjunkturprognosen von Forschungsinstituten und vielfältigen Sachverständigengremien wurde lange Zeit erklärt, wir hätten nur mit einer "vorübergehenden Flaute" zu rechnen, durch die man "einfach durchsegeln" müßte. Zu besonderen Anstrengungen wurde kein Anlaß gesehen. Allein den Tarifvertragsparteien gab man drastische Ratschläge.

Den Flaute- und Segeltheorien haben wir von Beginn an mißtraut. Bereits im letzten Oktober forderten die sozialdemokratischen Arbeitnehmer eine wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zwischenbilanz im Frühjahr 1981. Dahinter stand unsere feste Absicht, Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht einfach im Schatten verharmlosender Konjunkturprognosen dahindümpeln zu lassen. Die Durchsegeltheorie, die These vom fehlenden Handlungsbedarf, war uns schon konjunkturpolitisch zweifelhaft. Noch kritischer mußte sie im Hinblick auf die großen Strukturprobleme und die Aufgaben der 80er Jahre beurteilt werden: Die Nachfrage nach Arbeit wächst, Qualität und Angebot von Arbeitsplätzen werden von technischem Wandel beeinflusst, ganze Branchen sind in einen Umstellungssog geraten (Werften und Stahl), die Wachstumsraten verändern sich, und die Energieprobleme nehmen zu.

Uns ging es in den Debatten der hinter uns liegenden Monate darum, daß Schritte eingeleitet werden, die darauf hinzielen, den strukturellen Anpassungsprozeß zu bewältigen. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion haben wir dazu unsere Vorschläge erarbeitet. In dem beschäftigungspolitischen Programm der SPD-Fraktion heißt es: "Die Kraft unserer Volkswirtschaft muß auf investive und beschäftigungswirksame Aufgaben konzentriert und die wirtschaftspolitischen Anstrengungen müssen durch alle anderen Politikbereiche unterstützt werden."

Arbeit zu sichern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und mit dieser Politik gleichzeitig auch die Grundlagen sozialer Sicherung zu stärken, war und bleibt unser Ziel. Die beschäftigungspolitische Initiative der Sozialdemokraten setzt die Schwerpunkte: Zukunftssichere Energieversorgung, Modernisierung der Wirtschaft und aktive Arbeitsmarktpolitik. Uns ging es nicht um einen kurzatmigen konjunkturpolitischen Schnellschuß, sondern vielmehr um neue Weichenstellungen mit langfristigen Wirkungen.

Was heute unter der Überschrift "Modernisierung der Volkswirtschaft" zusammengefaßt wird, darf sich aber nicht nur auf die technologische Seite beschränken. Dazu gehört auch die Humanisierung des Arbeitslebens. Die technologischen Prozesse bedürfen der sozialen Steuerung - sowohl im Hinblick auf die Arbeitsplätze als auch auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation. Das stellt Ansprüche an den Staat, vor allem im Bereich der Humanisierungsforschung, aber auch an die Tarifvertragsparteien im Sinne qualitativer, das heißt die Arbeitsbedingungen einbeziehender Tarifpolitik. Eine Technologie-



politik, die den Zusammenhang mit den Arbeitsverhältnissen vernachlässigt, führt zu beschäftigungspolitischen und sozialen Konflikten mit Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Die beschäftigungspolitischen Vorschläge und Initiativen sowie die Bemühung des Bundeskanzlers um eine Parallelanleihe der französischen und deutschen Regierung zur Stärkung der Investitionskraft haben neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet. Ich teile die Auffassung des DGB, daß die gemeinsame Initiative der französischen und deutschen Regierung einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa darstellt. Der DGB sieht in den geplanten Maßnahmen einen Einstieg für eine Investitionspolitik, zu der er seine Vorschläge unterbreitet hat. Die SPD-Fraktion hat unterstrichen, daß die Beschäftigungspolitik Priorität in der Haushalts- und Finanzpolitik haben muß. Das ist ein verpflichtender Satz für die Haushaltsberatungen der nächsten Wochen.

Die Opposition tut sich schwer, in der neuen Runde der wirtschaftspolitischen Debatte ihren Standpunkt zu fixieren. Oppositionsführer Kohl spricht im Hinblick auf die Vorschläge der Bundesregierung von einem "Schritt in die richtige Richtung", Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth schimpft über das Regierungsprogramm wie ein 'Rohrspatz', und Strauß gibt Unverständliches von sich. Wundern würde es uns nicht, wenn sich die Sozialausschüsse der Union, wie im letzten Jahr, wieder "ohne Wenn und Aber" hinter Strauß stellen würden.

Initiative zu ergreifen, im Zusammenhang zu behandeln, was zusammengehört, Strukturprobleme der 80er Jahre Schritt für Schritt zu bewältigen, aktiv zu agieren statt nur auf Veränderungsprozesse zu reagieren, stärkt die Politik. Davon können auch Impulse für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft im Ganzen ausgehen. Das würde bedeuten, die Atmosphäre der Resignation, der Enttäuschung und der Mutlosigkeit zu überwinden, die sich nach der letzten Tagung der Regierungschefs in Maastricht ausgebreitet hatte. Die Bundesregierung hat in ihren zehn Punkten Ziele der Gemeinschaftspolitik vorgegeben. Sie laufen darauf hinaus, Anpassungsprobleme zu bewältigen statt den Subventionsdschungel weiterwuchern zu lassen. Die den Wettbewerb verfälschenden Subventions- und Blockadepraktiken anderer Länder wurden beim Namen genannt: Textilindustrie, Stahlindustrie und Fischereipolitik.

Die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zwischenbilanz im Frühjahr dieses Jahres eröffnet Chancen, es ist der Beginn eines Weges. Aufgabe der Politik ist es, diesen Ansatz nicht zu vernachlässigen oder gar wieder im Sande verlaufen zu lassen.
(-/10.4.1981/ks/ca)

+ + +



Angebote an alle

Wie der CDU-Geschäftsführer Kunz die Wahrheit verfälscht

Von Gerd Wartenberg MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Vorwurf des CDU-Abgeordneten Kunz, daß der Regierende Bürgermeister und sein Senat mit neuen Maßnahmen und Vorschlägen die Hausbesetzer in Berlin privilegieren, ist eine böswillige Unterstellung. Die Äußerungen von Gerhard Kunz zeigen wieder einmal, daß die CDU in Berlin nicht daran interessiert ist, eine politische Lösung im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen zu erreichen. Im Gegenteil: Im Rahmen des Wahlkampfes soll durch Dramatisierungen und Unterstellungen das Problem emotional aufgeheizt werden. Der Vorwurf, daß die politischen Lösungsversuche des Senats ein Fußtritt gegen den Rechtsstaat seien, ist absolut unangemessen.

Seit Amtsantritt des Regierenden Bürgermeisters Hans-Jochen Vogel bemüht sich sein Senat, neue Wohnungsleerstände durch wohnungspolitische Maßnahmen zu verhindern. Den Hausbesetzern hat der Senat verschiedene Angebote gemacht, um zu politischen, und damit zu gewaltfreien Lösungen zu kommen. Im Rahmen der Angebotspalette des Senats wird auch überlegt, Häuser, die sich in städtischem Besitz befinden, im Rahmen des Erbbaurechts wohnungspolitisch sinnvoll verschiedenen Nutzergruppen zu überlassen. Wer, wie der CDU-Abgeordnete Kunz, behauptet, derartige Angebote des Senats gingen zu Lasten rechtstreuer Bürger, diffamiert sich nur den Senat, sondern jeden Versuch, das Hausbesetzerproblem politisch zu lösen.

Die wohnungspolitischen Maßnahmen des Senats richten sich an alle Bürger der Stadt. Die Angebote und Förderungsmöglichkeiten zur Selbsthilfe und Mietermodernisierung ebenso wie die Einräumung von Erbbaurechten für Mietergemeinschaften sind Wege zu einer flexiblen und sensiblen Sanierungs- und Modernisierungspolitik.

Wenn der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU Kunz polemisch fordert, der Regierende Bürgermeister möge sich statt um Hausbesetzer lieber um die Wohnungssuchenden in der Stadt kümmern, so scheint Herr Kunz nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß der Senat mehrere Initiativen ergriffen hat:

1. zur Mietpreisbindung
2. zum Mieterschutz
3. zur Einschränkung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
4. zu Mietermodernisierungs- und Selbsthilfemaßnahmen.

Aussagen der Berliner CDU zu diesen konkreten Maßnahmen sind schwammig oder wie etwa bei der Mietpreisbindung nur abwehrend. Die Polemik des Abgeordneten Kunz gegen den Regierenden Bürgermeister soll offensichtlich das Fehlen eines überzeugenden wohnungspolitischen Konzepts der Berliner CDU verdecken. Erschreckend ist es, wenn der CDU-Politiker Kunz, der sich zum "liberalen Flügel" der CDU zählt, dem Senat Rechtszerstörung und Fußtritte gegen den Rechtsstaat vorwirft. Wer so argumentiert, ist offensichtlich an politischen Lösungen nicht interessiert, sondern möchte durch Scharfmacherei Gewalttätigkeiten provozieren.

(-/10.4.1981/hl/ca)

+ + +



Buchbesprechung

"Bildungschancen für Mädchen und Frauen in internationalen Vergleich", Sozialwissenschaftliche Reihe des Battelle-Instituts, Oldenbourg-Verlag, ca. 38,-- DM.

Schwedische Hilfe fürs Modell Deutschland oder machen wir's den Schweden nach!

Frauen sind ein beliebtes Forschungsobjekt geworden. An Kritik an überkommenen Formen der Partnerschaft zwischen Mann und Frau mangelt es dem deutschen Büchermarkt wahrhaftig nicht. Nur wenige Arbeiten allerdings widmen sich dem Bereich, in dem die tägliche Benachteiligung für jeden nachvollziehbar wird - nämlich am Arbeitsplatz. Dieses Manko versucht die vom Bildungsminister an das Frankfurter Battelle-Institut in Auftrag gegebene Studie "Bildungschancen für Mädchen und Frauen in internationalen Vergleich" auszugleichen. Ina Schmidt-Jörg, Camilla Krebsbach-Gnath und Sabine Hübner haben sich des umfangreichen Materials angenommen und versucht Kriterien der Vergleichbarkeit zu finden. Dies immer unter dem Zielaspekt der Studie "Ob und in welcher Form Programme und Maßnahmen, die in anderen Ländern praktiziert werden, auf die Verhältnisse der Bundesrepublik übertragbar sind."

Ein Blick auf die Gliederung zeigt schnell, wie die Studie angelegt ist: Insgesamt werden die Aktionsprogramme und gesetzlichen Vorschriften von elf westlichen Industrieländern und die der DDR unter dem Aspekt der "positiven" oder - "Antidiskriminierung" dokumentiert. Hilfreich sind dem "Nichtexperten" die begrifflichen Klärungen und der Problemaufriß zu Beginn des Buches. Viel Gespür für das Problem zeigt, daß mit der Untersuchung nicht wieder ein Band voller Zahlen vorgelegt wurde, die der Sache nicht gerecht werden, und in der Regel ein Statistikstudium voraussetzen. Gleichbehandlung ist ein inhaltliches Problem der Gesellschaft und Zahlenreihen machen es den verantwortlichen Politikern leicht, in den Turm des Experten zu flüchten, um somit die Diskussion mit den Betroffenen nicht führen zu müssen.

Das Beispiel Schweden und die dort praktizierten Maßnahmen zur Antidiskriminierung zeigen dem Leser was zum Thema "Gleichstellung im Beruf" alles möglich sein kann und wo die Ansatzpunkte sind:

- Da man in Schweden von der Grundidee ausgeht, nur eine wirkliche Änderung der Rollenbilder bewirke die Gleichstellung von Männern und Frauen setzen Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit bereits im Vorschulalter ein. Seit 1975 ist die Vorschule für alle sechsjährigen Kinder obligatorisch. Und: In den Unterstufen lernen Jungen und Mädchen gemeinsam Handarbeit und Werken, in der Oberstufe ist für beide Geschlechter Kinderpflege und Hauswirtschaftskunde Pflichtfach. Um die spätere Wahlfreiheit für Studium oder Beruf nicht einzuschränken, haben alle Schüler bis zum 16. Lebensjahr Mathematik und Naturwissenschaften ohne Einschränkungen ebenfalls als Pflichtfach.
- 1975 wurde ein indikationsfreies Schwangerschaftsgesetz erlassen, das eine Schwangerschaftsunterbrechung bis zur 18. Woche zuläßt.
- Seit 1978 ermöglicht eine Elternversicherung einen Acht-Monate-Urlaub bei voller Lohnfortzahlung; wenn die Eltern mindestens drei Monate unter sich aufteilen, gibt es einen Monat mehr. Man überlegt allerdings, da offensichtlich wenig Männer von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Aufteilung gesetzlich festzulegen. Seit 1977 läuft in circa 60 oder 270 Gemeinden Schwedens ein dreijähriger Versuch, Schüler bereits in der Unter- und Mittelstufe durch Studienbesuche an Arbeitsplätzen mit der Arbeitswelt vertraut zu



machen. Dabei soll besonders darauf geachtet werden, daß Mädchen und Jungen von für sie untypischen Arbeitsplätzen erfahren (Seite 159).

- Jeder Schüler muß in der Berufsausbildung laut Lehrplan Praktika in verschiedenen Arbeitsstätten absolvieren, wobei von drei Praktika eines in einem für das jeweilige Geschlecht untypischen Arbeitsfeld absolviert werden muß (Seite 163).
- Angestellte des öffentlichen Dienstes mit unkonventioneller Berufsausbildung (zum Beispiel Telefonisten, Sekretäre, Fernmeldetechnikerinnen und Zöllnerinnen) sollen während ihrer Arbeitszeit Schulen besuchen, um dort über ihre Erfahrungen im Arbeitsleben zu erzählen (Seite 164).
- Seit 1979 haben Eltern von Kindern unter acht Jahren das Recht, die tägliche Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden zu reduzieren - allerdings noch ohne Lohnausgleich.
- Von Behörden wird verlangt, bei Neueinstellungen, Aus- und Weiterbildung, vor allem aber bei Beförderungen die Chancengleichheit zu wahren. Jährlich müssen sie sehr konkret der Regierung über die Ergebnisse berichten und es gibt Vereinbarungen über "positive Diskriminierung" vor allem im Bereich der Höherqualifizierung, der Weiterbildung und der Vergabe von Stellen höherer Positionen an Frauen.

Selbstverständlich gibt es auch in Schweden Schwierigkeiten, besonders im Bereich Männer in typischen Frauenberufen auszubilden. Diese Berufe werden von ihnen als "monoton" und "ohne Aufstiegsmöglichkeiten" abgelehnt. Diese Abwehr führt zu Überlegungen, die Berufsbilder typischer Frauenberufe qualitativ zu erweitern und auch für sie Karrieremöglichkeiten zu schaffen. Solche Überlegungen befinden sich zur Zeit aber erst im Anfangsstadium. (Seite 175).

Es ist nun die Frage was die Studie in ihren Ergebnissen mit den dargestellten schwedischen Maßnahmen für die weitere bundesdeutsche Entwicklung bedeuten können.

Als wichtigstes Ergebnis muß festgehalten werden: Nur über den Dollpunkt der Erziehung wird sich letztlich überkommenes Rollenverständnis und Fehlverhalten auf Dauer beseitigen lassen.

Dazu braucht man keine kostspieligen Programme, sondern Ideen und Phantasie und den Willen Chancengleichheit für Frauen endlich durchzusetzen. Gerade weil wir nach Reformen suchen, die nicht Millionen kosten: Hier sind sie. Dazu gehört aber auch das Grundverständnis dieser Reform zu übernehmen.

Es geht eben nicht darum, Möglichkeiten für Frauen zu schaffen, Beruf und Familie vereinbaren zu können; es geht darum das auch für Männer zu erreichen. "Wir haben miteinander in den letzten Jahren gelernt, den Frauen mehr männliche Möglichkeiten zuzutrauen, aber noch immer nicht hinreichend begriffen, wieviel ungelebte Weiblichkeit in den Männern steckt." (H.-E. Richter)

Für dieses Verständnis, für Reformen in diesem Sinn haben die Autorinnen einen wichtigen Beitrag zu leisten. In den Beratungen zum Bericht der Enquête-Kommission werden die europäischen und vor allem das schwedische Modell Eingang finden.

Bleibt die Hoffnung, daß die Union bald die "Schwedisierung" der Frauenpolitik beklagt.

Renate Schmidt MdB
(-/10.4.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

